

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

18.1.1903 (No. 17)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 18. Januar.

№ 17.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Direktor der Kunsthalle, Professor Hans Thoma in Karlsruhe, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern verliehenen königlichen Maximiliansordens in der Abteilung für Kunst zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. Januar 1903 gnädigst geruht, dem Revisor Hermann Guggel beim Verwaltungshof unter Verleihung des Titels Rechnungsrat die Stelle eines Revisors beim Ministerium des Innern zu übertragen und dem Revisionsvorstand Johann Speicher bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, sowie dem Revisor Michael Helein beim Verwaltungshof den Titel Rechnungsrat zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Monroe-Lehre und Venezuela.

SRK. Berlin, 16. Januar.

In der amerikanischen Presse ist während der letzten Tage wieder geklagt worden, daß Deutschland sich gegenüber der Monroe-Lehre ungehörig verhalte, als beispielsweise England. Diese Beschwerde bildet die passendste Entgegnung auf Angriffe, die aus dem umgekehrten Grunde, nämlich wegen vermeintlicher Begünstigung der Monroe-Lehre, gegen die Reichspolitik in der deutschen Presse laut geworden sind. Das amerikanische und das einheimische Klagegedränge haben sich gegenseitig auf. Eine Anerkennung der Monroe-Lehre im Zusammenhang mit der venezolanischen Angelegenheit oder sonst ist weder von Amerika angeregt, noch von Deutschland ausgesprochen worden.

Unter Monroe-Lehre verstehen Präsident Roosevelt und seine Berater die Berechtigung und Verpflichtung der Vereinigten Staaten zur Abwehr jeder dauernden Festsetzung einer nicht-amerikanischen Macht an einer amerikanischen Küste. Da wir keine derartige Festsetzung anstreben, und da überdies die Behörden in Washington ausdrücklich erklärt haben, daß vorübergehende Maßnahmen gegen amerikanische Staaten zur Wahrung berechtigter Interessen, wie eben im Venezuela-Fall, keiner Abwehr unterliegen, so können wir uns durch die von der Union aufgestellten Grundsätze nicht mehr, eher noch weniger berührt fühlen, als andere europäische Mächte, und unsere Politik, die bei dem vorliegenden Anlaß das nationale Interesse vor allem darin zu erblicken hat, daß nicht aus einer verhältnismäßig untergeordneten Streitfrage eine Störung unserer guten Beziehungen zu einer Großmacht erwachse, braucht sich weder von deutschen, noch von fremdländischen Publizisten eine besondere Legitimation zur Bestreitung der Monroe-Lehre andichten zu lassen. Wenn irgend etwas dazu beiträgt, das Selbstgefühl der Amerikaner noch zu steigern, so sind es europäische Zeitungsartikel, hinter denen nichts steht, als die Zustimmung der Herren Verfasser.

Eine europäische Solidarität, in deren Namen der in der Monroe-Lehre verkörperte amerikanischen Begegnet werden könnte, existiert nicht. Vielleicht, daß einmal das Gefühl dafür erwachen könnte, wenn das unleugbare, wirtschaftliche Übergewicht der neuen Welt Gefahren über die alte verhängen sollte, die nicht für Zwecke der Parteipolitik theoretisch konstruiert, sondern unmittelbar und brennend gegenwärtig wären. Im Venezuelastreit ist die europäische Solidarität von der Pariser Presse für Frankreich trotz gleichartiger Interessen bewußt verleugnet worden, und so können aus Deutschland, England und Italien jeden Vorwurf von sich abgleiten lassen, der darauf beruht, daß sie ihre Unternehmung nicht über die Bedürfnisse des Einzelfalles ausdehnen wollen. Schon innerhalb dieses Rahmens wirken sie, wie jüngst in der belgischen Presse wiederholt betont wurde, zugleich für die Interessen der kleineren europäischen Staaten. Der Erfolg der Blockade zeigt sich in dem Umschwung, daß derselbe Castro, der noch vor kurzem die Forderungen der Mächte stolz an die venezolanischen Gerichte verwies, jetzt einen Bevollmächtigten für internationale Unterhandlungen bestellt und um Vergünstigungen bittet, deren Ge-

währung von seiner weiteren Haltung abhängt. Es ist ein erheblicher Fortschritt von den Verhöhnungen des Völkerrechts in Caracas bis zu den Vorbesprechungen in Washington. Ohne das entschiedene und doch maßvolle Auftreten der Verbündeten wäre es nicht möglich gewesen, mit Venezuela auch nur zu den Aussichten auf eine gütliche Beilegung des Streites zu gelangen, die jetzt eröffnet sind.

Die wirtschaftliche Lage und die Eisenbahnen.

Δ Berlin, 16. Januar.

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Preussischen Eisenbahnverwaltung im Jahre 1901 liefern ein deutliches Bild des raschen Umschlages in den wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnissen, welcher im Laufe des Jahres eingetreten ist. Die Eisenbahneinnahmen sind danach im Jahre 1901 um nicht weniger als 83,05 Millionen Mark hinter dem Etatsanschlage zurückgeblieben, welcher seinerseits bekanntlich auf der Grundlage der Istergebnisse des Jahres 1899 unter Berücksichtigung der Verkehrssteigerung in den der Etatsaufstellung vorangehenden Monaten des Jahres 1900 erfolgt ist. Aber nicht nur hinter dem Etatsanschlage, sondern auch hinter dem wirklichen Betrage der Verkehrseinnahmen des Jahres 1900 sind die Einnahmen des folgenden Jahres beträchtlich zurückgeblieben und zwar um den Betrag von nicht weniger als 38,6 Millionen Mark. Dies bedeutet einen Rückschlag in der Verkehrssteigerung, wie er in dem preussischen Staatssysteme seit der Verstaatlichung der Privatbahnen nicht annähernd wieder zu verzeichnen war. Auch die Ausgaben haben im Jahre 1901 eine Ermäßigung erfahren. Diefelbe reicht aber mit 22 Millionen Mark nicht annähernd an den Ausfall der Einnahmen heran. Im Vergleiche mit dem Jahre 1900 ergibt sich abweichend von den Einnahmen kein Abgang, sondern ein Zugang an Ausgaben von 7,8 Millionen Mark. Infolge dieses außerordentlichen Rückschlages der Einnahmen stellt sich dem auch der Ueberschuß des Jahres 1901 um nicht weniger als 61,3 Millionen Mark niedriger, als er im Etat veranschlagt war und auch um 46,4 Millionen Mark niedriger, als der Ueberschuß des Jahres 1900 tatsächlich betrug. Im Verhältnis zu dem Anlagekapital sank der Ueberschuß von 7,14 Proz. auf 6,41 Proz. und im Vergleiche mit der Gesamteinnahme von 40,52 Proz. auf 38,25 Proz. Da der rechnungsmäßige Fehlbetrag des Jahres 1901 im ganzen auf 37 Millionen Mark, der Fehlbetrag des Eisenbahnüberschusses aber auf 61,3 Millionen Mark sich stellt, haben mithin die übrigen Verwaltungen eine Besserung der Bilanz gegenüber dem Etatsanschlage um nahezu 24 Millionen Mark aufzuweisen gehabt.

Der Deutsche Kronprinz in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 16. Jan. Vom Bahnhof begaben sich der Deutsche Kronprinz und der Großfürst Thronfolger in das Winterpalais, um ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin einen Besuch abzustatten. Sodann fuhr der Kronprinz zum Besuche Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter in das Anitschkow-Palais. Nach der Rückkehr fand im Winterpalais ein Familienfrühstück statt. — Der Deutsche Kronprinz überreichte in Gatschina dem deutschen Votschafter Grafen v. Alvensleben das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub. — Nachdem der Deutsche Kronprinz bei seiner Ankunft im Winterpalais vom Kaiserpaare begrüßt war, ernannte ihn der Kaiser zum Chef des kleinrussischen Dragoner-Regiments Nr. 40, dessen Chef früher Prinz Albrecht von Preußen, der Vater des Prinz-Regenten von Braunschweig, gewesen ist. Bald darauf meldete sich eine Abordnung des Regiments beim Kronprinzen. — Nach dem Frühstück empfing der Kronprinz eine Abordnung der Stadtvertretung mit dem Bürgermeister an der Spitze, die ihm auf goldener Schüssel Brot und Salz überreichte und ihn als den Erben des befreundeten mächtigen Deutschen Reiches in der Residenz des russischen Reiches willkommen hieß. Hierauf begab sich der Kronprinz, begleitet von seinem Gefolge und dem russischen Ehrenkrieger, nach der Peter-Pauls-Kathedrale, um an der Gruft Nikolaus I., der Kaiserin Charlotte und Alexanders III. kostbare Kränze niederzulegen. Später stattete

(Mit einer Beilage.)

er Besuche ab bei den Großfürsten und Großfürstinnen, den Oberhofmeisterinnen der beiden Kaiserinnen, dem Minister des Auswärtigen, dem Kriegsminister, bei allen Rittern des preussischen Schwarzen Adlerordens, den Votschaftern. Abends 7 Uhr fand im Winterpalais ein Bruchmahl statt, bei dem Seine Majestät der Kaiser folgenden Trinkspruch ausbrachte:

Erfreut, Sie unter uns zu leben und Ihnen für den liebenswürdigen Besuch dankend, trinke ich auf das Wohl Ihrer erhabenen Eltern, Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin, sowie auf das Gedeihen Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz erwiderte: Tief bewegt durch die gnädigen Worte, welche Euer Majestät soeben an mich gerichtet, bitte ich, mir zu gestatten, Ihnen im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs, meines Vaters, und in meinem eigenen Namen meinen warmen Dank für den herzlichen Empfang auszusprechen, der mir zu teil geworden ist und an den sich mir eine unaussprechliche Erinnerung bewahren wird. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl Euer Majestät und der Majestäten der Kaiserinnen Maria Feodorowna und Alexandra Feodorowna, sowie der ganzen Kaiserlichen Familie.

Nach dem Festmahl hielten die Majestäten und der Kronprinz Cercle. Der Kronprinz unterhielt sich längere Zeit mit den Ministern Ramsdorff, Witte, Roupakkin, Plehwe und Frederiks, sowie mit dem Admiral Rojestwenski, der die Flottenmanöver in Reval vor dem Deutschen Kaiser befehligte. Die Majestäten zogen den Grafen und die Gräfin Alvensleben, die Herren des Gefolges des Kronprinzen, sowie den Obersten Schenk, und die Oberstleutnants v. Schwerin und v. Lynker in ein längeres Gespräch.

* St. Petersburg, 16. Jan. Aus Anlaß des Besuches des Deutschen Kronprinzen schreibt das „Journal de St. Petersburg“ (das offizielle Organ des russischen Auswärtigen Amtes): „Der Kronprinz ist am Freitag in St. Petersburg eingetroffen, wo er als Gast des Kaisers sein wird. Der Besuch ist ein neues Kennzeichen der traditionellen Freundschaftsbeziehungen, welche zwischen beiden Herrscherfamilien zum größten Wohle der beiden Staaten bestehen.“ Die deutsche „St. Petersburg Zeitung“ bezeichnet den Besuch als ein freundliches, vielbeachtendes Ereignis am Anfang des neuen Jahres, das vom Gesichtspunkte des Bestehens guter Beziehungen zwischen den Herrschern und Völkern wohl von sehr erheblichem politischen Gewicht sei. Das Blatt schließt mit folgenden Worten: Es ist doch noch kein halbes Jahr seit der Kaiserzukunft in Reval verfloßen, deren Verlauf damals so sympathischen Widerhall in der Öffentlichkeit der beiden Länder fand, und schon jetzt sendet der Deutsche Kaiser seinen eben erst die Grenze jugendlicher Männlichkeit überschreitenden Sohn, den bereinigten Erben des Thrones, um als Träger der väterlichen Wünsche und des kraftvollen Willens auch für seine Person Bande zu knüpfen, von deren Festigkeit der einst vielleicht viel mehr abhängen wird, als sich zurzeit dem weischauesten Blick offenbart. Der (ebenfalls deutschgeschriebene) „St. Pet. Herald“ faßt den Besuch in gleichem Sinne auf. Die „Koross“ besprechen an leitender Stelle den Besuch des Kronprinzen, in dessen Person die Residenz die Zukunft Deutschlands, des durch historische Erinnerungen mit Rußland eng verbundenen nächsten Nachbarn, begrüße. Das Blatt glaubt dem Besuche mehr Bedeutung als den gewöhnlichen von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Besuchen fürstlicher Häupter beimessen zu können. Dann fährt das Blatt fort: „Die verwandtschaftlichen Beziehungen unter Mitgliedern regierender Häuser sind nicht ohne Einwirkung auf die gegenseitigen Beziehungen der Staaten. Dies ist in der Geschichte Preußens, später Deutschlands, zu Rußland sichtbar. Hinsichtlich der äußeren Politik hat Rußland in gewissen Grenzen immer freundschaftlichen Beistand bei Deutschland gefunden. Wir wollen hoffen, daß der Besuch des Kronprinzen auch auf wirtschaftlichem Gebiete, wo wir nicht immer harmonierten, die Beziehungen günstig beeinflussen wird. Rußland kann, obgleich kulturell selbständig, doch viel von dem großen Nachbarn lernen. Rußland begrüßt in dem Kronprinzen das junge Deutschland, das mit ihm durch die Verwandtschaft der Dynastien, gegenseitige Interessen, historische Erinnerungen und gleiche kulturelle Bestrebungen verbunden ist.“

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 16. Januar.

Abg. Fürst Bismarck (fortfahrend): Unseren Unterhändlern möge das Gewissen geschäftet werden, daß sie nicht wieder so ungünstige Bedingungen annehmen wie beim Saratogavertrag. Wir werden nach dem Saratogavertrag von Amerika tatsächlich differenziert. Die amerikanische Regierung wird schon bereit sein, uns entgegenzukommen, da wir die besten Abnehmer Amerikas sind. Wenn man die Befürch-

tung ausgesprochen hat, daß die hier im Reichstage geäußerten scharfen Worte den Unterhandlungen mit den Vertragsstaaten schaden könnten, so bin ich gegenteiliger Ansicht. Ich meine vielmehr, es wird unseren Unterhändlern den Rücken stärken, wenn sie sagen können, wir wollten Euch schon gerne entgegenkommen, bloß der böse Reichstag will nicht. Es ist also gerade sehr gut, wenn hier die Trommel gerührt und gesagt wird, wir wollen uns nicht mehr über den Löffel barbarieren lassen! Unsere Lammesgebild ist endlich zur Ungebuld geworden.

Abg. Bernstein (Soz.) legt nochmals ausführlich seinen Standpunkt dar.

Abg. Seyl zu Herrnsheim protestiert gegen die Behauptung, daß er an der Spitze des Bundes der Landwirte hänge. Es sei richtig, daß die Haute Finance große Summen durch den Handelsvertragsverein zum Kampf gegen den Zolltarif ausgegeben habe. Abg. Bachmide möge seine Kuratortitel in der Mappe behalten.

Abg. v. Seyl zieht hierauf seine Resolution zu Gunsten der Resolution Sped zurück.

Nach einigen Bemerkungen Bachmides und Semlers folgt namentliche Abstimmung über die Resolution Sped. Die Resolution wird mit 141 gegen 67 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution Albrecht und Genossen: in Strafanstalten u. s. w. andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf oder für den Bedarf des Reiches, Staates oder Gemeinde nicht mehr ausführen zu lassen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse aus solchen Anstalten nicht mehr zu niedrigeren als marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen.

Abg. Wadert (Soz.) begründet die Resolution.

Abg. Schlumberger (Hospitalant der National Liberalen) führt aus: Die Resolution Albrecht ist von der Kommission abgelehnt worden, weil sie glaube, daß die Regelung des Gegenstandes nicht zur Kompetenz des Reiches, sondern der Einzelstaaten gehöre. Prinzipiell waren die Mitglieder der Kommission mit ihr einverstanden. In der Resolution wollen die Sozialdemokraten die Konkurrenz der Gefängnisanstalten beseitigen. Mit ihrer Forderung der Zollfreiheit würden sie aber die deutschen Arbeiter der Konkurrenz des Auslandes ausliefern.

Als sich Redner ausführlich über die Lage des Arbeitsmarktes verbreitet, wird er von dem Präsidenten Grafen Valle-Frem unterbrochen: Sie können nicht bei dieser Resolution die ganze Arbeiterfrage behandeln! (Heiterkeit.)

Abg. Schlumberger schließt mit der Bitte um Ablehnung der Resolution.

Abg. Rat Krohne erklärt: Schon 1898 sind Vorschriften erlassen, die verhindern sollen, daß die freie Arbeit durch Gefängnisarbeit unterbunden wird. Den einzelnen Bundesregierungen muß es überlassen bleiben, wie sie diese Verhältnisse regeln wollen. Natürlich läßt sich eine derartige Umgestaltung nicht innerhalb weniger Jahre vollziehen. In Preußen werden Gefangene nur noch zu allgemeinen landwirtschaftlichen Zwecken und Meliorationen verwendet, für die billige Arbeitskräfte nicht zu haben sind.

Abg. Gamp (Reichsp.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Strafgefangenen zu Landesmeliorationen verwendet werden. Mit dem Grundgedanken der Resolution sei er einverstanden, aber dieselbe gehe zu weit, indem sie sich außer auf Gefangene auch auf Berufsangehörigen erstrecken solle und jegliche gewerbliche Arbeit verbiete.

Abg. Schrader (frei. Vereinig.) gibt zu, daß die Resolution besser gefaßt werden könnte, will aber mit seinen Freunden dafür stimmen.

Abg. Schäbler (Zentr.) teilt mit, daß auch in Bayern ähnlich wie in Preußen die Arbeit in den Strafanstalten geregelt sei. An sich sei die Resolution ja berechtigt, da sie aber die Landesgesetzgebung angehe, könne das Zentrum nicht dafür eintreten.

Nachdem noch Abg. Wadert gesprochen hat, wird die Resolution abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Interpellation Köstke, betreffend Malzgerste, sowie Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. — Schluß gegen 6 Uhr.

* Berlin, 17. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Das Haus ist schwach besucht.

Präsident Graf Valle-Frem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Zur Beratung gelangt die Interpellation Köstke-Deffau: Welche Maßnahmen denkt der Reichskanzler zu treffen, um festzustellen, was unter dem Begriff „Malzgerste“ im Zolltarif zu verstehen ist?

Staatssekretär v. Thielmann erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Abg. Köstke führt aus, wenn die gesetzgebenden Faktoren ein neues ungebräuchliches Wort in der Gesetzgebung einführen, sind sie verpflichtet, klar zu stellen, was die Bezeichnung bedeutet. In der berühmten oder vielmehr berüchtigten Sitzung vom 13. Dezember ist mir der Reichskanzler die Antwort schuldig geblieben. Auch kein anderer Regierungsvertreter, auch die Mehrheitsparteien, auf deren Initiative die Einführung des Begriffes doch zurückgeht, hielt es für erforderlich, irgend etwas auf meine Frage anzuführen. Ich habe dann an den Reichskanzler einen offenen Brief gerichtet. Auch darauf blieb ich ohne Antwort. So blieb nichts als der Weg der Interpellation. Das Brauergewerbe hat doch das größte Interesse, zu erfahren, was Malzgerste ist. Eine Unterscheidung von Malzgerste und Futtergerste ist geradezu unmöglich. Das hat die Regierung auch früher erklärt. Der Reichskanzler beruhigt aber die Mehrheitsparteien: „Kümmert Euch um nichts, wir werden schon dafür sorgen, daß keine Futtergerste hinein kommt“. Die Großbrauer werden von dem Mindestzoll auf Brauergeste am wenigsten betroffen werden, aber die mittleren und kleineren Betriebe. Erstere haben davon eher noch Vorteile. Das Beste wäre gewesen, den Mindestzoll für Gerste überhaupt zu streichen und dadurch freie Bahn für die Handelsverträge zu schaffen. Redner kündigt schließlich an, er werde Proben von Brauergeste und Futtergerste auf den Tisch des Hauses niederlegen lassen, dann könnten die Landwirte den Unterschied feststellen.

Staatssekretär v. Thielmann erklärt, die Interpellation gehe von der Annahme aus, daß Malzgerste und andere Gerste nach den Handelsverträgen einem verschiedenen Zoll unterliegen sollen, daß aber Futtergerste billiger tarifiert werden soll als Malzgerste, sagt weder der Tarif, noch das Tarifgesetz; die Regierung ist in keiner Weise genötigt, anderen Mächten niedrigeren Zolltarif

für Futtergerste auf dem Präsentierbrett entgegen zu bringen. Daher sind mit keiner fremden Macht Handelsvertragsunterhandlungen begonnen, noch weniger sind von irgend einer anderen Macht bestimmte Anforderungen auf Tarifherabsetzungen an uns herangeraten. Viele Fachleute hielten die Unterscheidung der Gerste, falls erforderlich, für die Zollverwaltung leicht.

Eine Rede Lord Roseberys.

(Telegramm.)

* Plymouth, 16. Jan. Auf einer Versammlung der hiesigen Liberalen hielt Lord Rosebery eine Rede, in welcher er ausführte, England bedürfe einer umfassenden Abänderung seiner militärischen Einrichtungen. Angesichts der dauernden Unfreundlichkeit in Europa befände sich England in einer kritischen Lage, in der sich allerdings vornehmlich auch andere Nationen schon befunden hätten. Wenige Nationen hätten aber einen Hercules, der ihnen aus den Schwierigkeiten helfen könne, wie England Ritchener habe. Wenn Ritchener jedoch nach dem Himalaya gesandt werde, dann würde er für das Kriegsministerium, in dem doch eine so bedeutende Reform vorzunehmen sei, dabei keine große Hilfe sein. England solle um Gottes willen das Vergangene ruhen lassen und zur Sache kommen. (Beifall.) Chamberlains Mission sei in keiner Weise eine Parteilichkeit. Als Reichsmission habe sie die guten Wünsche jedes Patrioten beider Parteien für sich. Nachdem Rosebery zu dem neuen Marineplan seine Zustimmung ausgesprochen, bemerkte er, daß in Sachen der Verwaltung die Regierung sich nicht das Vertrauen des Landes erworben habe. Der Fall mit Venezuela sei die Angelegenheit einer Schuldentreibung. Das frühere Kabinett hatte einen ähnlichen Fall in Nicaragua. Damals wandte man sich an die Vereinigten Staaten und in ein paar Tagen war die Angelegenheit erledigt. Das jetzige Kabinett schlug einen ganz anderen Weg in der Venezuelafrage ein. Das Bündnis mit Deutschland wolle er nicht besprechen. Seiner Ueberzeugung nach habe sich die Regierung vor Einleitung der Aktion an die Vereinigten Staaten gewandt. Es müßten gebietliche Gründe vorhanden gewesen sein, ein Bündnis mit Deutschland zu schließen, denn abgesehen von anderen Erwägungen wäre es unklug, wenn die Regierung dabei sei, ihr geschuldete Gelder einzutreiben, sich einer anderen Macht gegenüber zu binden, weil sie nicht wisse, wie weit die Bindung gehen könne. Im vorliegenden Falle scheine sich die Regierung bereit erklärt zu haben, genau ebenso weit zu gehen, wie die andere Macht. Es habe dabei auch einen Präzedenzfall gegeben, und zwar in Mexiko, wo Großbritannien im Einvernehmen mit Frankreich und Spanien handelte. Nach einiger Zeit fand England aber die französischen Forderungen derart, daß es sie nicht unterstützen konnte und daß Frankreich eine zu weit führende Politik betriebe. Deshalb zogen sich Spanien und England übereinstimmend zurück und Frankreich setzte allein das Unternehmen mit für England höchst unglücklichen Folgen fort. England erntete durch den Rücktritt von dem Bündnis viel mehr Feindseligkeit, als wenn es sich überhaupt nicht auf die Sache eingelassen hätte. Die Regierung hielt es vielleicht für klug, sich mit Deutschland zu verbinden, um zu einem freundschaftlichen Verhältnis beider Länder zu gelangen. Das scheine ihm zweifelhaft. Er erwarte aber von der Regierung eine klare Mitteilung über ihre Politik, ehe er seine Ansicht über die Zweckmäßigkeit ihres Verhaltens äußere.

Finanzielle Rundschau.

— Frankfurt, 16. Januar.

Wenngleich das Privatpublikum sich nach wie vor in seiner Reserve hält und nur die Spekulation in mäßigem Umfange Träger des Geschäftes ist, so ist die Börse in ihrem Vertrauen auf eine günstigere Gestaltung der Zukunft die Hausbewegung fort, aber sie wurde dabei auch durch mancherlei äußere Umstände begünstigt. Es ist der Zeitpunkt gekommen, da die Dinge in Südafrika ihrer endgültigen Regelung entgegengehen, und diese Regelung ist bereit, daß Südafrika bei der Abkehrung zu den Kriegskosten viel glimpflicher davon kommen wird, als irgend jemand gedacht hat. Das hat naturgemäß zu einer Belebung des Rippenmarktes geführt, und das neue Treiben an der Londoner Börse wirkte in vortheilhafter Weise auch auf unseren Platz zurück. Sodann ist die Milliardenkonversion der 4% Proz. österreichischen Silber- und Papierrente viel rascher aktuell geworden, als man vermutete. Schon heute wird die Vorlage im Parlament eingebracht, welche von dem Gedanken ausgeht, den Zinsfuß auf 4 Proz. zu reduzieren. Eine Konversion in so bescheidenem Rahmen ist als reife Frucht zu betrachten, so daß sie wohl glatten Verlauf nehmen und dem beteiligten Bankensortium einen ziemlich mühseligen Gewinn in den Schoß werfen wird. Da auch die rumänische Konversion bald nachfolgen soll, und verschiedene andere Finanztransaktionen großen Stils in Aussicht stehen, so hat die Tendenz für Bankaktien einen frischen Impuls empfangen. Kredit, Diskonto-Kommandit, Deutsche Bank, Handelsbank, Dresdner u. s. w. wurden alle höher bezahlt, und auch eine Reihe Kassabanken, wie Effektenbank, Pfälzische, Berliner Bank u. s. w. blieben zu erhöhten Preisen gefragt. Man glaubt, daß die Diskonto-Gesellschaft und die Handelsbank einen besseren Abschluß liefern werden, als man bisher erwartete. Für die Dresdener Bank wurde eine ganze Reihe von Steigerungsmotiven geltend gemacht, zunächst die bessere Gestaltung der Verhältnisse in Südafrika und das Projekt einer Verschmelzung des Wälder Bergwerksvereins mit der Saar- und Roselöhle, beides Unternehmungen, denen die Dresdner Bank nahesteht.

Auf dem Gebiete der Güttentaktien machten die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus, gelegentlich welcher der Finanzminister auf die ungeläute Lage der Eisen-

industrie hinwies, einige Retardierung in der Aufwärtsbewegung. Schließlich schlossen sich aber auch Güttentaktien der steigenden Tendenz wieder an, namentlich als vom Düsseldorf Industrieamt gemeldet wurde, daß der inländische Konsum sich stärker regt als seit langer Zeit. Die eigentlich führende Rolle spielten aber in den letzten Tagen Kohlenaktien, weil der Absatz nach allen Richtungen hin zunimmt. Auch der Hausbrandbedarf hat sich bei der kalten Witterung wieder gesteigert. Sodann wurde die Tatsache vielfach erörtert, daß in Amerika eine förmliche Kohlennot herrscht, welche so empfindlich geworden ist, daß der Kongreß rasch die Einfuhrzölle für Kohlen abgeschafft hat. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß deutsche Kohle nach Amerika verschifft wird, so wird doch unsere heimische Grubenindustrie mehr als je vorher von der englischen Konkurrenz befreit sein. Von anderen Industriezweigen waren Bau- und Ferrainaktien, Zink- und Maschinenfabrikaktien begünstigt und höher bezahlt. Etwas schwächer sind Elektricitätsaktien.

Geld hat sich wegen der Rückzahlungen zur Reichsbank eher eine Rianze verstreut, und da auch die Anleihen des Reichs und Preußens einen großen Umfang erreichen sollen, so wurde auf die heimischen 3 Proz. Staatsfonds ein leichter Druck ausgeübt. Dagegen bleibt für ausländische Renten sehr günstige Stimmung bestehen, insbesondere für Türken, weil man begründete Hoffnung zu haben glaubt, daß die Chancen des Unifikationsprojekts bedeutend gewachsen sind, nachdem dasselbe durch Vereinigung einer Konvention der 4 Proz. privilegierten Türken eine Umgestaltung finden soll, welche gestattet, der Porte sofort greifbare Vorteile zu bieten. Namentlich soll auch daraufhin gearbeitet werden, daß die Türkenlose nicht mehr so stiefmütterlich behandelt werden als bisher. Gebessert sind auch Argentinier, Chinesen, Rumänier, wogegen Spanier durch die Nachrichten aus Marokko gedrückt waren. Schwere lagen ferner Mexikaner und Portugiesen.

Das Gebiet der österreichischen Eisenbahnwerte bot das Feld einer seit längerer Zeit nicht mehr dagewesenen Belebung, indem namentlich die Umsätze in den sogenannten Nebenbahnen eine größere Ausdehnung erreichten. Die Meldung jedoch, daß eine Konvention der Nordwest- und Elbtal-Prioritäten zu erwarten sei, ist einseitigen mit Vorzicht aufzunehmen, da über diese Frage wohl keine Entscheidung getroffen werden wird, so lange nicht das zweite Gleise gesichert ist. Lombarden und Staatsbahn konnten sich befestigen, erstere auf die Nachricht, daß der italienische Staat seine Annuität kapitalisieren und an die Südbahn abtragen wolle. Italienische Bahnen wurden für das Heimatland wesentlich höher bezahlt. Auch Prince Henri brachen sich günstig aus.

Für Schiffahrtsaktien ist eine sprunghafte Erhöhung zu verzeichnen, die damit zusammenhängt, daß die Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie die Dividende auf 4 1/2 Proz. fixierte, also viel höher, als man bisher erwartet hat.

Privatdiskont: 2 1/2 Proz.

Nachstehend unsere Tabelle:

	9. Jan.	16. Jan.
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	102.70	102.95
3% „ „	91.95	91.60
3 1/2% Preussische Konfols	102.65	102.50
3% „ „	91.95	91.50
3 1/2% „Obi. abgekempt	101.10	101.—
3% Badische Obligationen	—	92.—
3 1/2% Bayern	101.40	101.70
3% „	91.60	91.50
4% Italienische Rente	108.70	103.50
4% Ungarische Goldrente	101.70	102.—
5% Ungarische Kronenrente	99.85	99.55
5% amort. Silber-Mexikaner	38.10	37.90
5% Gold-Mexikaner	101.—	101.45
Oesterreichische Kreditaktien	218.20	218.60
Diskonto-Kommanditaktien	192.60	193.30
Dejterr. Staatsbahn-Aktien	149.—	148.50
Lombardische Aktien	16.25	16.40
Gotthardaktien	181.—	181.40
Laurahütte-Aktien	218.90	217.50
Böhmische Bergbauaktien	184.50	182.50
Sachsenbergbauaktien	175.—	177.80
Sarpener Bergbauaktien	171.50	176.40
Hibernia	—	—
Badische Anilin	428.—	427.60
Türkenloose	124.60	128.20

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 17. Januar.

* Das Präsidium des Badischen Militärvereinsverbandes hat von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog auf die Seiner königlichen Hoheit zum neuen Jahre ausgesprochenen Glückwünsche, dem „Bad. Militärvereinsblatt“ zufolge, nachstehendes huldvolle Handschreiben erhalten:

Dem Präsidium des Badischen Militärvereinsverbandes sage ich meinen warmen und aufrichtigen Dank für die wertvollen Glückwünsche zum Jahreswechsel, die daselbst der Großherzogin und mir mit Schreiben vom 31. d. M. im Namen der alten Soldaten des Landes ausgesprochen hat.

Es ist für mich bei beengenden Anlässen stets ein freudiges Bewußtsein, mich eines zu wissen mit dem Präsidium und den Mitgliedern eines Vereines, der in gegenseitigem treuen Gedenken, und so erwidere ich Ihre Kundgebung auch dieses Mal wieder mit meinen aufrichtigsten Wünschen für das Wohl des Verbandes und aller seiner Mitglieder. Auch im neuen Jahre wollen wir fest zusammenstehen für die hohen Ziele, die uns gestellt sind, und trotz allem alle die Eigenschaften weiter bewahren, die wir in der Schule unseres Heeres erworben haben.

Es freut mich von Herzen, aus den Mitteilungen des Präsidiums zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahr für die Entwicklung des Militärvereinsverbandes reich gesegnet gewesen ist und daß das feste Anknüpfen des Verbandes und der Vereine sowohl, wie die geistliche Arbeit an den einzelnen Unternehmungen überall Befriedigung gewährt. Ich erblicke darin das Walten des Geistes treuer Kameradschaft und gegenseitiger aufopfernder Hingebung an die gemeinsame gute Sache. Mein innigster Dank sei allen denen gewidmet, die im Präsidium des Verbandes oder als Vorstände und Mitglieder der Vereine diesen Geist pflegen, und ich hoffe, daß solche Bemühungen unter den alten Soldaten erhalten bleiben mögen inmerdar, zum Wohle unseres Verbandes, zum Heile des Vaterlandes! Das wolle Gott!

Karlsruhe, den 4. Januar 1903. Friedrich. (Karlsruher Bevölkerung.) Nach Mitteilung des hiesigen statistischen Amtes betrug am 1. Januar d. J. die fortgeschriebene Ziffer der Bevölkerung Karlsruhes 101 188.

* (Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 16. Januar.) Durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung vom 30. v. M. ist die vom Bürgerausschuß am 7. Februar v. J. gutgeheißene Einberleibung von Teilen der Gemarkung Anielingen, Bulach und Daglanden

in die Gemarung Karlsruhe staatlich genehmigt worden, und zwar mit Wirkung vom 1. d. M. Die Gemarung Karlsruhe erstreckt sich nunmehr bis zum Rhein und umfasst 20 889 285 Quadratmeter, während ihr bisheriger Flächeninhalt 14 648 850 Quadratmeter betrug. Da die beteiligten Gemeinden mit den von Karlsruhe angebotenen Entschädigungen nicht zufrieden sind, so wird nunmehr die Regelung der Entschädigung auf verwaltungsgerichtlichem Wege erfolgen. — Herr Stadtrat Höpfer wird zum stellvertretenden Vorsitzenden der Rhein-Hafenkommission ernannt. — Beim Bürgerausschuss wird die Zustimmung dazu beantragt: 1. daß seitens der Stadtgemeinde Karlsruhe ein zu 3/4 Prozent verzinsliches Anleihen von 10 000 000 M. durch Ausgabe von Schuldschreibungen auf den Inhaber, aufgenommen werde.

o.c. (Waggonfabrik Raftatt.) In einer vom Aufsichtsrat der Gesellschaft „Waggonfabrik Raftatt“ einberufenen, heute in Karlsruhe stattgefundenen Versammlung, zu der auch die Führer der Opposition der letzten Generalversammlung eingeladen waren, wurde seitens des Vorsitzenden erklärt, daß die Banken zu einem weiteren Entgegenkommen bereit seien. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß einerseits einberufene Generalversammlung folgende Vorschläge unterbreitet werden sollen: Das Aktienkapital wird durch Zusammenlegung von 5 zu 1 auf 800 000 M. reduziert und alsdann wieder um 200 000 M. dadurch erhöht, daß die Bankgläubiger à Konto ihrer Forderungen 200 Aktien zu pari übernehmen. Außerdem haben die Bankgläubiger die weitere Konzeption gemacht, daß ihre Forderung auf zwei Jahre unfindbar zu drei Prozent verzinslich (ohne Provisionsberechtigung) stehen bleiben, und die auflaufenden Zinsen bis zum Ablauf der zwei Jahre ebenfalls gestundet werden soll. Nach dem Verlauf der heutigen Versammlung dürfte die nächste Generalversammlung sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklären.

(Schwurgericht vom 15. Januar.) Am heutigen letzten Sitzungstage der diesmaligen Schwurgerichtssession standen noch drei Fälle zur Verhandlung. Zunächst hatte sich der 44 Jahre alte verheiratete Kommisionär Johann Klee aus Weilingen wegen Verlebens gegen § 173 M.St.G.B. zu verantworten. Er war beschuldigt, sich in der Zeit von Juni bis Ende August v. J. in seiner Wohnung zu Dill-Weipenstein wiederholt an seiner 22 Jahre alten Stieftochter Barbara Köhler vergangen zu haben. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Fall wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. — Gleichfalls in geheimer Sitzung hatten sich die 20 Jahre alte Kellnerin Sophie Sieb aus Calmbach und die 22 Jahre alte Kellnerin Bertha Bauer aus Wildbad wegen Abtreibung der Leibesfrucht, sowie die Fuhrmannsweibin Friederike Klattich aus Forstheim wegen Verschaffung von Mitteln zur Abtreibung gegen Entgelt zu verantworten. Der Verlauf der heutigen Verhandlung bestimmte die Geschworenen, die Schuldfrage bezüglich der Angeklagten Sieb zu verneinen, hinsichtlich der Angeklagten Bauer die Schuldfrage wegen verführerischer Abtreibung und die Frage nach mildernden Umständen, und bei der Angeklagten Klattich die Schuldfrage nach der Anwendung von Mitteln zur Abtreibung gegen Entgelt und die Schuldfrage wegen Weibliche zur verführerischen Abtreibung zu bejahen. Der Schwurgerichtspräsident sprach daraufhin die Sieb frei und erkannte gegen die Bauer auf 2 Monate Gefängnis und gegen die Klattich auf 2 Jahre 5 Monate Zuchthaus. — Im dritten heutigen Falle handelte es sich um die Anklage gegen den 31 Jahre alten, in Karlsruhe wohnhaften Sattler Karl Heiland aus Brombach wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode. Heiland sollte nach der erhobenen Anklage am Vormittag des 9. November den Tünder Kies von hier, den er wegen seiner Angegrabenheit aus der Wirtschaft zur „Meichstrome“ hier hinausgeschafft, derart die Treppe der genannten Wirtschaft hinuntergeworfen haben, daß Kies einen Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er nach einigen Tagen starb. Von den Geschworenen wurde ein strafbares Verschulden des Angeklagten nicht für erwiesen erachtet, weshalb sie die Schuldfrage verneinten. Heiland wurde darnach freigesprochen. — Mit diesem Falle hatten die Sitzungen des Schwurgerichts für das erste Quartal 1903 ihr Ende erreicht.

(Sitzung der Strafkammer III vom 16. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Maas. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Groch. — In geheimer Sitzung kam die Anklage gegen die 26 Jahre alte Büglerin Therese Weiß und die 21 Jahre alte Dienstmagd Luise Weiß aus Singheim, gegen den 36 Jahre alten Fahrradhändler Heinrich Dietrich aus Baden und die 23 Jahre alte Karoline Christ aus Kartung wegen Abtreibung der Leibesfrucht und Weibliche zur Verhandlung. Der Gerichtshof erkannte gegen Therese Weiß auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Luise Weiß auf 9 Monate Gefängnis, gegen Dietrich auf 1 Jahr 7 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust und gegen die Christ auf 2 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. — Gegen eine Entscheidung des Schöffengerichts Etilingen, das sie wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von je 3 Wochen verurteilte, legten der Maurer Otto H. und der Eisenbahnarbeiter Rudolf H. aus Etilingen wieder die Berufung ein. Sie hatten damit keinen Erfolg, da das untergerichtliche Urteil von der Strafkammer bestätigt wurde. — Das Schöffengericht Raftatt sprach in seiner Sitzung vom 12. September den Fuhrmann Dionis Schorpp aus Wirmersheim von der Anklage wegen Betrugs frei. Die von der Großh. Staatsanwaltschaft gegen dieses Erkenntnis eingelegte Berufung verwarf jedoch das Gericht als unbegründet.

(In der Beilage) bringen wir Personalnachrichten aus den Gehaltsklassen H bis K, ein Artikel über Erzeugung, Verbrauch und Besteuerung des Branntweins im Großherzogtum Baden während des Betriebsjahres 1901/1902, die Reden der Minister v. Körber und v. Szell über den österreichisch-ungarischen Ausgleich, den Schluß des Artikels „Der ungarische Nationalismus“, eine Uebersicht der nächstwöchentlichen Veranstaltungen, den Kirchenzettel, Standesbuchauszüge und den Hoftheaterplan.

X Baden, 16. Jan. Im Nebenraum des Restaurants zum „Nitter“ fand heute abend die Generalversammlung des Gewerbevereins und Handwerkerverbandes Baden-Waden statt. Der Vorstand, Herr Hoflieferant Georg Müller, hieß die Anwesenden willkommen und verbreitete sich über das Wirken des Vorstandes im letzten Jahre. Herr Sekretär Klebsattel erstattete den Jahresbericht und Herr Kassier Kiefer den Rechenschaftsbericht, laut welchem der finanzielle Stand des Vereins ein günstiger genannt werden darf. Die nun folgenden Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Herr Hoflieferant Gg. Müller, 2. Vorstand Herr A. Bongert, Schriftführer Herr Klebsattel, als Beiräte die Herren Golzer, Reibel, Brand, Mühl, Fürst und Schott. Nach der Wahl von Bevollmächtigten zum Gauausschuß und der Delegierten zum Landesverband erstattete Herr Stadtrat A. Klein Bericht über die Arbeiten der Handwerkskammer, worauf die Versammlung nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten geschlossen wurde.

Kleine Nachrichten aus Baden. Der Dienstrecht Johann Weiler von Hammstadt, welcher dieser Tage in Falkenberg durch den Hufschlag eines Pferdes am Kopfe verletzt wurde, ist gestorben. — In Roth (Amt Wiesloch) feierte vorgestern das Ehepaar Mathias Pfeiffer und Barbara geb. Wöck das selbste

Fest der goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar erhielt von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ein Gnadengeschenk von 80 M., sowie von Seiner Exzellenz dem Erzbischof ein solches von 20 M. nebst einer schönen Handpostille mit eigenhändiger Widmung. — In Freiburg wurde vorgestern abend 8 Uhr in seinem Zimmer der alleinlebende Trödler Lazarus Burghermer tot aufgefunden. Man vermutet, daß ein Raubmord vorliegt, doch ist die Todesursache noch nicht festgestellt, ebenso konnte noch nicht ermittelt werden, ob Teile seines Warenbestandes fehlen.

Die marokkanische Frage. (Telegramme.)

* Madrid, 16. Jan. Der spanische Gesandte Collogan telegraphiert, die Lage in Fez bessere sich ständig, wenngleich einige Familien die Stadt verlassen und unter die Parteigänger des Sultans Waffen in reichem Maße verteilt wurden.

* Tanger, 17. Jan. Der Stamm Beni Alada hat sich dem Pascha von Tanger unterworfen. Nun haben sich aber die Fehs-Kabylen erhoben und marschieren auf Damars Benimafada.

* Tanger, 17. Jan. Die Expedition gegen den Prätendenten verließ Fez am 11. Januar um 2 Uhr nachmittags. Sie steht unter dem Befehle der Oheime des Sultans Anrami und Absalom. Nachrichten über die Expedition sind von Fez noch nicht eingegangen, doch sprechen Gerüchte, die von Tetuan herrihren, von einer neuen Niederlage der kaiserlichen Truppen. Eine amtliche Bestätigung der Gerichte liegt noch nicht vor. Ein solches Ergebnis wird aber in Anbetracht der Unfähigkeit der genannten Oheime als wahrscheinlich angesehen. Die Expedition schlug von Fez aus die Richtung nach dem östlichen Giana ein.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 17. Jan. Seine Majestät der Kaiser unternahm gestern nachmittag eine Ausfahrt mit Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen Maximilian von Baden.

* Berlin, 17. Jan. Seine Majestät der Kaiser nahm heute vormittag im königlichen Schloß mit den hier anwesenden kapitelfähigen Rittern des Schwarzen Adlerordens die Investitur der neu aufzunehmenden Ritter vor.

* Wien, 16. Jan. Die Vermählung der Erzherzogin Elisabeth Amalia mit dem Prinzen Alois Bichentzen findet am 22. Februar, vormittags, in der Hofburgkirche statt. Am 20. Februar erfolgt in der Hofburg die Renunciation der Erzherzogin.

* Wien, 17. Jan. Abgeordnetenhaus. Nach der Rede des Ministerpräsidenten protestiert der Abg. Raccet unter dem Beifall seiner Parteigenossen die Handhabung der Geschäftsordnung seitens des Vizepräsidenten Kaiser, worauf dieser unter dem Beifall der Linken und Protestrufen der Rechten erwidert. Es kommt sodann der Dringlichkeitsantrag Kubr. betreffend Unterstützung der Arbeitslosen zur Verhandlung. Zu Beginn der Rede des Antragstellers kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen des Redners mit den Alldeutschen. Nach Wiederherstellung der Ruhe setzt Kubr seine Ausführungen ohne Zwischenfälle fort. Die Abgeordneten lehnen um 11 Uhr 45 Min. nachts den Vertagungsantrag ab. — Bei der Verhandlung über die geschäftsrabitalen Dringlichkeitsanträge kommt es um halb 5 Uhr morgens zu lärmenden Zwischenfällen, da die Alldeutschen die Geschäftsrabitalen beschuldigen, beleidigende Aeußerungen getan zu haben. Der Vizepräsident Kaiser unterbricht die Sitzung auf 20 Minuten. Nach deren Wiederaufnahme verlassen die Alldeutschen den Saal, indem sie erklären, sie könnten nicht zugeben, daß das Präsidium und das Haus so schwer beleidigt werden. Kofac spricht hierauf fort. Präsident Graf Wetter von der Lillie, der gestern wegen Unwohlseins die Sitzung verließ, erscheint wieder, um den Vizepräsidenten abzulösen. Er wird von der Linken mit Beifall und Händelatschen empfangen. Die Sitzung dauert um halb 9 Uhr morgens fort.

* Wien, 17. Jan. Sämtliche Mütter besprechen den Ausgleich mit Ungarn, sowie derselbe aus den geirigen Reden der Ministerpräsidenten v. Koerber und v. Szell bekannt geworden ist. Alle stimmen in dem Ausdruck der Anerkennung überein, daß v. Koerber überhaupt ein Ausgleich gelungen ist, obgleich die Materie an sich schwierig und durch erbliche Belastung bedeutend erschwert war. Das „Fremdenblatt“ begrüßt in dem Ausgleich die Sicherung der qualitativen Gestaltung der Monarchie und die Verjüngung des Reichsgedankens und des Aufstehens jener Gemeinschaft, die bereits stark gelodert und von separatistischen Absichten hart bedrängt war.

* Budapest, 17. Jan. Der „Pester Lloyd“ behandelt die Frage der parlamentarischen Erledigung der Ausgleichsvorlagen in Oesterreich und schreibt: Sollte wieder die Unvernunft Baczchanalen feiern, so wird der Ausgleich auch ohne den österreichischen Reichsrat Ausgleich bleiben. Allerdings rechnet man hier zu Lande und rechnet vornehmlich der Ministerpräsident auf eine parlamentarische Verwirklichung des Ausgleichs auch von seiten Oesterreichs. Allein die Antwort, die der Ministerpräsident auf die betreffende Anfrage Kosuths gab, verriet deutlich genug, daß er auch eine andere Möglichkeit ins Auge gefaßt hat. Es steht den Völkern Oesterreichs frei, sich von ihren Vertretern zu grunde obstruieren zu lassen. Die ungarische Regierung hat aber dafür zu sorgen, und man darf vertrauen, daß Herr v. Szell dafür sorgen wird, daß die Volkswirtschaft Ungarns in die Verheerung nicht hineingezogen wird.

* Paris, 16. Jan. Kammer. Der Ministerpräsident erklärt, in Kirchen und Schulen dürfe einzig allein die französische Sprache zur Anwendung gelangen. Er werde jedem Geistlichen, der hiergegen verstoße, das Gehalt sperren. Combes schließt, der Friede in der Bretagne werde gewiß hergestellt werden, aber nur, wenn die Geistlichkeit unbedingt den Befehlen der Regierung sich unterwerfe. Die Kammer nimmt alsdann die Tagesordnung Mitier mit 339 gegen 185 Stimmen an, welche befaßt, daß die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt, und zur Tagesordnung übergeht.

* Sehdorf, 17. Jan. In einer heute abgehaltenen Versammlung der ausständigen Arbeiter des Stahlwalzwerks Wehbach der Bergbau- und Hüttenaktiengesellschaft Friedrichshütte wurde den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit anbegehrt. Die Werberverwaltung lehnte alle Forderungen ab.

* Belgrad, 17. Jan. Das Amtsblatt veröffentlicht einen von sämtlichen Ministern gegengezeichneten Maß, durch den die am 6. Juli 1902 einberufene Stupschina geschlossen wird. Nach Artikel 44 der Verfassung wird die Regierung die Tagung von 1903 nicht vor dem 11. Oktober d. J. einberufen.

* Konstantinopel, 17. Jan. Der neue Großvezier Ferid Pascha hat den Generalinspekteur und die Valf der europäischen Provinzen telegraphisch angewiesen, die Durchführung der für diese Provinzen angeordneten Maßregeln zu beschleunigen.

* Johannesburg, 16. Jan. Die Handelskammer überreichte heute Chamberlain eine Adresse, in der sie um rasche Erledigung der Erfordernisse, um gleiche Behandlung der Ansprüche von Gesellschaften mit denen gewöhnlicher Firmen und um Entschädigung direkter Verluste nachsucht. Die Kammer empfiehlt alsdann nachdrücklich mehrere Maßnahmen, die eine Erleichterung im Hinblick auf die hohen Kosten für die Unterhaltung des Lebens herbeiführen sollen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Kriegsteuer sich in mäßigen Grenzen halten werde.

* Kimberley, 16. Jan. Der Versuch, für die Minen in Kofffontein asiatische Arbeiter einzuführen, ist als mißlungen zu betrachten. Alle indischen Arbeiter, die für die Arbeit in den Minen angenommen worden waren, sind in die Heimat zurückgekehrt, weil ihnen die Arbeit zu schwer ist.

Verschiedenes.

* Berlin, 17. Jan. (Telgr.) Der bei einem gestern stattgefundenen Duell im Gernerwald verwundete Rechtsanwalt Aye aus Hensburg, Oberleutnant der Reserve, ist gestorben.

* Stuttgart, 16. Jan. In dem Nachschneidung von Ullm brachte sich heute nacht, laut „Schwab. Merkur“, ein von Wien kommender Russe bei der Station Eberbach in einem Unfall von To b s u c h t mit einem Rasiermesser mehrere tiefe Schnitte am Hals bei. Die Mitreisenden zogen erschreckt die Rostleine. Der Tobfüchtige, der sämtliches Handgepäck der Mitreisenden zum Fenster hinauswarf, wurde in ein Krankenhaus verbracht.

Wetter am Freitag, den 17. Januar 1903.

Gamburg, Swinemünde, Münster und München ziemlich heiter; Neufahrwasser, Metz und Chemnitz heiter; Breslau trüb.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 17. Januar 1903, vormittags 7 Uhr.

Triest wolkenlos — 3 Grad, Triest wolkenlos 1 Grad, Florenz wolkenlos 1 Grad, Rom wolkenlos 2 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr. vom 17. Januar 1903.

Das barometrische Maximum hat seit gestern an Höhe noch zugenommen, doch hat es sich auf die nordöstlichen und östlichen Teile Mitteleuropas verlegt; von hier aus nimmt der Luftdruck ziemlich rasch bis zu einer westlich von Island gelegenen Depression, ab. In Deutschland wehen deshalb östliche bis südöstliche, stellenweise lebhafteste Winde; das Wetter ist daher heiter und sehr kalt. Die tiefste Temperatur in Deutschland mit —12 Grad wird aus München gemeldet. Weiteres Anhalten des Frostes ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar.	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. heut. in mm	Schneehöhe seit in mm	Wind	Himmel
16. Nachts 9 ⁰⁰ U.	761.3	-4.6	2.3	73	NE	heiter
17. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	761.2	-7.6	1.9	78	"	"
17. Mittags 2 ⁰⁰ U.	761.7	-2.8	2.4	65	"	"

Höchste Temperatur am 16. Januar: —1.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: —8.0.

Niederschlagsmenge des 16. Januar: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 17. Januar: 3.95 m, gefallen 14 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Silb. Medaille
Waltmann, Paris

Seidenstoffe von 75 Pfg. per Meter an.
Muster portofrei.
Deutschlands größtes Spezialgeschäft
MICHEL & Co. BERLIN SW. 19
Leipzigerstrasse No. 43, Ecke Markgrafstrasse.
Königs Palais
in Oranien

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co.
Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.
Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsgüter
in Porzellan, Crystall, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen
für Geschenke, Aussteuern, Hotel- und Hauseinrichtungen.

O. Forsberg, Hofkleidermacher,
Karlsruhe, Akademiestrasse 67,
empfiehlt sich zur Anfertigung seiner Herrenkleider
nach Maass. Lager in deutschen u. englischen Stoffen.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail.
Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz.
Bedeutendes Spezialgeschäft in Bekleidungsartikeln aller Arten, Besatzstoffen, Passanterien, Spitzen, Knöpfen, Weißwaaren, Handschuhen, Cravatten, Fächern. Ständiger Eingang von Neuheiten.

C. F. Otto Müller, Permanente Kunst-
Generalvertrieb
der Professor Laeuger'schen Kunsttöpferelen
Karlsruher Künstlerwerkstätten.
Kaiserstrasse 144 (Moninger Bau)

Um gefl. Besichtigung wird gebeten. Kein Kurzwang.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung
in der über ganz Baden
gleichmäßig verteilten

Karlsruher Zeitung.

